

Forschungskooperation — ein Instrument für kleine und mittlere Unternehmen zur Erhöhung des Innovationspotentials	797
Teilzeitbeschäftigung zu Lasten der Vollzeiterwerbstätigkeit?	807

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 44/98

Berlin

29. Oktober 1998

65. Jahrgang

Forschungskooperation — ein Instrument für kleine und mittlere Unternehmen zur Erhöhung des Innovationspotentials

Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft, die raschen technologischen Entwicklungen und die Veränderungen in der Hierarchie von Zuliefer- und Abnehmerbeziehungen stellen insbesondere an kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) neue Anforderungen. Viele dieser Betriebe werden im Strukturwandel nur bestehen, wenn sie neues Wissen aufnehmen und marktorientiert weiterentwickeln können. Die eigenen Kapazitäten sind dazu oft unzureichend. Deshalb werden Kooperationen wichtiger. Durch überbetriebliche Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) können KMU Skaleneffekte erzielen und ihr FuE-Potential vergrößern.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) unterstützt seit September 1993 im Rahmen des Programms „Förderung der Forschungskooperation in der mittelständischen Wirtschaft“ anspruchsvolle und risikoreiche Innovationsvorhaben in mittelständischen Unternehmen. Die Institute Prognos und DIW wurden von dem Ministerium beauftragt, die Programmwirkungen zu analysieren. Dieser Bericht informiert über die wichtigsten Ergebnisse der dabei durchgeführten schriftlichen Unternehmensbefragung.¹

Fragestellung und Hypothesen

Mit dem Programm Forschungskooperation sollen die Unternehmen angeregt werden, im Bereich FuE mit anderen Unternehmen des In- und Auslandes sowie mit Forschungsinstitutionen zusammenzuarbeiten. Die Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern und schließlich auch gesamtwirtschaftlich zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Der Förderung liegt die Hypothese zugrunde, daß die Unternehmen im Bereich FuE zu wenig kooperieren. Dafür spricht vor allem die folgende Überlegung: FuE legt den Grundstein für die Zukunftsorientierung der Unternehmen; auf diesem Wissen bauen Markt-, Produkt- und Fertigungsstrategien auf. Von daher ist es naheliegend, daß Unternehmen sich

scheuen, dieses Wissen preiszugeben, selbst dann, wenn sie dafür anderes Wissen eintauschen und so ihre Wettbewerbskraft stärken könnten. Ein solches Verhalten dürfte vor allem aus zu geringen Erfahrungen mit FuE-Kooperationen resultieren. Als Folge davon werden die Risiken über- und die Chancen unterschätzt. Das Programm „För-

¹ Wirkungsanalyse des Programms „Förderung der Forschungskooperation in der mittelständischen Wirtschaft“. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Eine Analyse der Prognos AG, Basel, und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Politik und Technik der Freien Universität Berlin und dem Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen e.V., Berlin. Projektleitung: Gerhard Becher, Prognos AG; Kurt Hornschild, DIW, Juli 1998.

derung der Forschungsk Kooperation in der mittelständischen Wirtschaft" soll dazu beitragen, daß mehr Unternehmen im Bereich FuE kooperieren, indem die Kooperationsbarriere gesenkt wird und Unternehmen mehr Routine in der überbetrieblichen Zusammenarbeit im Bereich FuE erhalten. Es wird erwartet, daß sich einerseits die für Kooperationen notwendigen Vertrauensverhältnisse aufbauen und Risiken für die Unternehmen kalkulierbarer werden; andererseits sollen Kooperationsbarrieren, die aus den Schwierigkeiten resultieren, die insbesondere kleinere und neu gegründete Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Innovationsaktivitäten haben, gesenkt werden.

Das Programm, das Zuschüsse für FuE-Kooperationen gewährt und von der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V. (AiF) betreut wird, kann in vier Varianten in Anspruch genommen werden:

- *FuE-Kooperationsvorhaben* zwischen Unternehmen, bei Bedarf ergänzt um Unteraufträge an Forschungseinrichtungen,
- *Vorhaben zum Personalaustausch* zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen,
- *Forschungsaufträge* an wissenschaftliche Einrichtungen (seit dem 1.5.1997 nur in den alten Bundesländern) und
- *FuE-Gemeinschaftsvorhaben* von Unternehmen und Forschungseinrichtungen; diese Variante wurde erst zum 1.5.1997 in das Programm eingeführt und gilt nur in den neuen Bundesländern.

Bis Dezember 1997 sind mehr als 6 500 Förderanträge von 4 600 verschiedenen Unternehmen eingereicht und davon gut 70 % bewilligt worden. Das Fördervolumen belief sich bis Ende 1997 auf 589 Mill. DM.

Gegen die Förderung kann vor allem geltend gemacht werden, daß selbst bei einem Nachweis von positiven Wirkungsketten offen bleibt, ob diese Verwendung öffentlicher Mittel auch gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist. Dieser Einwand, der für jede staatliche Ausgabe gilt, war allerdings nicht Fragestellung der vorliegenden Untersuchung. In der hier durchgeführten Partialanalyse waren vielmehr Wirkungsketten möglichst genau zu identifizieren, und es war auf der Basis theoretischer Betrachtungen sowie empirischer, durch eine schriftliche Unternehmensbefragung gewonnener Ergebnisse zu prüfen, ob sich die Förderung rechtfertigen und gegebenenfalls verbessern läßt.

Gegen eine Förderung wird auch eingewendet, daß Kooperationen den Wettbewerb einschränken können und damit gesamtwirtschaftlich negativ wirken. Dieser Aspekt spielt indes nur bei großen Unternehmen eine Rolle. Es gibt Beispiele dafür, daß mit strategischen Allianzen Machtpositionen aufgebaut werden, bei denen der Wettbewerbsmechanismus teilweise zum Nachteil der übrigen Marktteilnehmer außer Kraft gesetzt wird. Für KMU gilt dies nicht. Im Gegenteil: Wenn KMU miteinander kooperieren, gewinnen sie am Markt an Einfluß und dürften dadurch in der Regel zu einer Intensivierung des Wettbewerbs beitragen.²

Konzeption der schriftlichen Befragung

Mit der im Herbst 1997 durchgeführten schriftlichen Erhebung sollten Informationen zur Bedeutung von FuE-Kooperationen von KMU sowie zu den Wirkungen des Programms „Forschungsk Kooperation“ gewonnen werden. Es wurden alle 3 901 Unternehmen angeschrieben, die bis zum Frühsommer 1997 bei dem Projektträger AiF einen Antrag auf Förderung gestellt hatten.

Um einen Vergleichsmaßstab für die Evaluation der Maßnahme zu gewinnen, wurde zusätzlich eine Kontrollgruppe in die Befragung einbezogen. Ihr gehörten Unternehmen an, die keine Förderung erhalten hatten, aber in den übrigen wesentlichen Merkmalen den geförderten glichen. Die Kontrollgruppe wurde aus einer Adreßdatei gebildet, in der alle KMU erfaßt sind, die schon einmal vom BMBF gefördert wurden. Dadurch ist sichergestellt, daß diese Unternehmen FuE betreiben und den Anforderungen des BMBF für die Vergabe von Fördermitteln entsprechen. Aus diesem Adreßbestand wurde eine Zufallsstichprobe von 1 000 Unternehmen gezogen.

Nach einem Abgleich der beiden Dateien ergab sich ein verwertbarer Adressenbestand von 4 794 Unternehmen, hiervon gehörten 3 852 zu der Gruppe der geförderten Unternehmen und 942 zur Kontrollgruppe. Die Rücklaufquoten sind bei beiden Gruppen für schriftliche Erhebungen erstaunlich hoch; sie betragen 46,5 % bei den geförderten und 35,7% bei den nichtgeförderten Unternehmen. Die hohe Antwortbereitschaft kann als ein erstes Indiz für ein insgesamt großes Interesse der Unternehmen an dem Thema Forschungsk Kooperation gewertet werden.

Zur weiteren Charakterisierung von Unternehmen werden folgende für das Innovations- und Kooperationsverhalten relevante Merkmale berücksichtigt: Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgröße, Standort in den alten Bundesländern (ABL), Standort in den neuen Bundesländern (NBL).

Die Branchenverteilung der befragten Unternehmen streut breit, hat aber deutliche Schwerpunkte beim Maschinenbau (25,6 %), der Medizin-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik (18,8 %), der Elektrotechnik (14,5 %), den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (11,7 %), der Chemie (5,8 %) und Metallerzeugung (4,6 %). Die detailliertere Auswertung ergibt, daß in den NBL im Bereich Optik viele sehr kleine Unternehmen der Optoelektronik und bei der Chemie viele junge Unternehmen der Biotechnologie zuzurechnen sind (Abbildung 1).

Mehr als vier Fünftel der geförderten Unternehmen haben in den NBL weniger als 50 Beschäftigte, bei den nicht geförderten sind es zwei Drittel. In den ABL betragen

² Wirkungsanalyse des Programms „Förderung der Forschungsk Kooperation in der mittelständischen Wirtschaft“. Anlagenband Literaturanalyse. Bearbeitende Institute: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin und Arbeitsstelle Politik und Technik der Freien Universität Berlin (APT).

die entsprechenden Quoten gut 70 % bei den geförderten und knapp die Hälfte bei den nicht geförderten. Diese Ergebnisse zeigen, daß sich in den ABL, stärker aber noch in den NBL, viele sehr kleine Unternehmen im Bereich FuE engagieren, wovon ein großer Teil Erfahrungen mit FuE-Kooperationen sammelt oder an einer solchen überbetrieblichen Zusammenarbeit interessiert ist (Abbildung 2).

Knapp zwei Drittel der befragten Unternehmen haben ihren Standort in den ABL. Von allen befragten Unternehmen werden 65 % im Rahmen des Programms Forschungsk Kooperation gefördert. Die Förderquote ist in den NBL mit 73 % deutlich höher als in den ABL mit 60 %.

Ergebnisse der Unternehmensbefragung

Bekanntheitsgrad und Inanspruchnahme

Der Bekanntheitsgrad des Programms „Forschungskoperation“ ist in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich. Während in den ABL von den Unternehmen der Kontrollgruppe immerhin 40 % angeben, das Programm nicht zu kennen, sind es in den NBL nur 19 %. Ein Grund, weshalb die Unternehmen die Förderung trotz Kenntnis nicht in Anspruch genommen haben, ist die Konkurrenz zu anderen Förderprogrammen. So hätten von den an der Förderung grundsätzlich interessierten Unternehmen 14 % in den ABL und 34 % in den NBL von dieser auch gerne

Abbildung 1

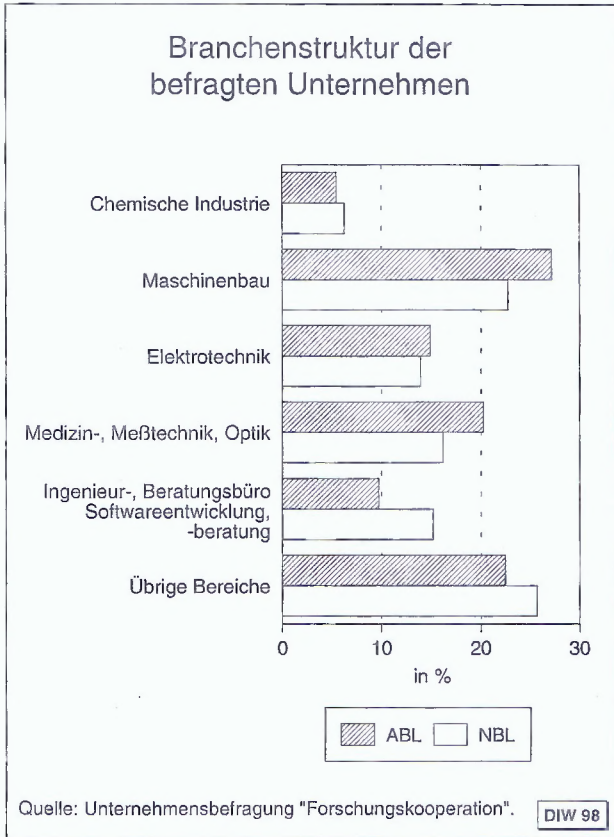
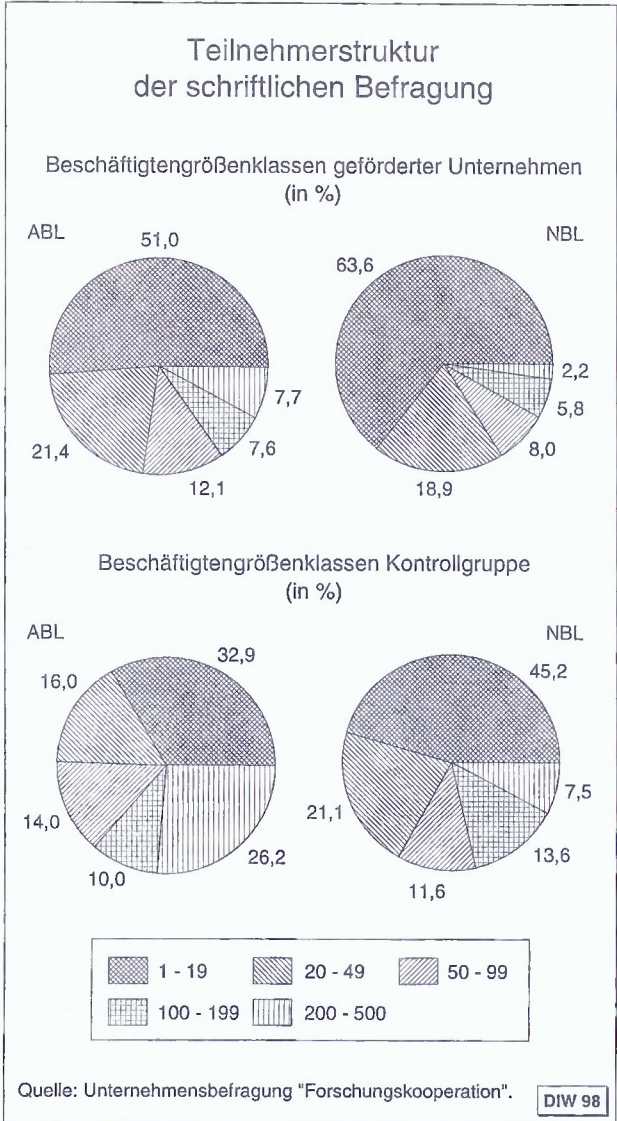


Abbildung 2

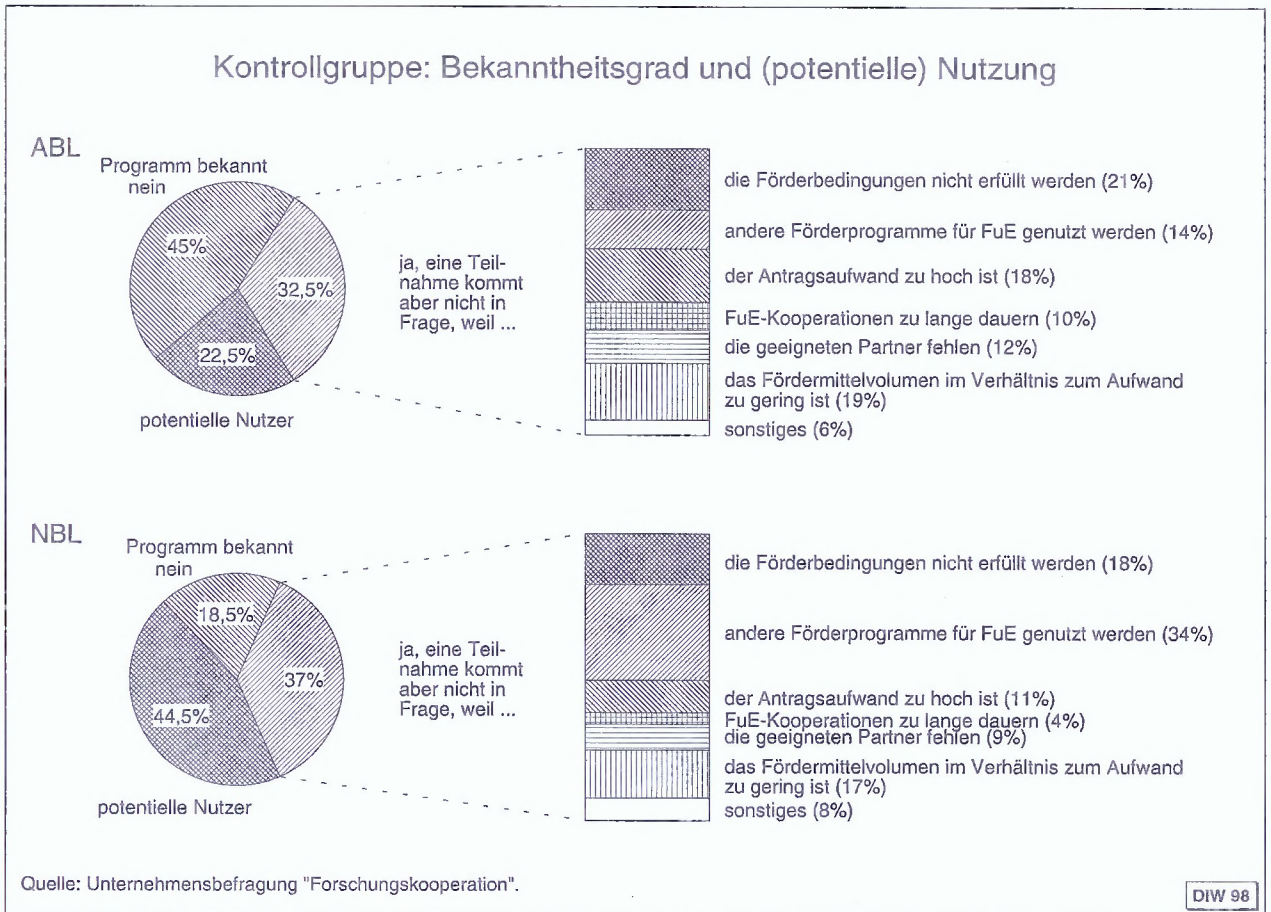


Gebrauch gemacht, doch mußten sie auf diese Hilfe verzichten, weil sie bereits anderweitig von der öffentlichen Hand unterstützt wurden. In diesen Ergebnissen spiegelt sich u. a. die relativ hohe Förderdichte in den NBL. Weitere Gründe für die Nichtinanspruchnahme ergeben sich aus der Abbildung 3.

FuE-Intensitäten

Die befragten Unternehmen wenden relativ viel für FuE auf. Branchenspezifischen Spitzenwerten bei den FuE-Intensitäten von normalerweise 7 % beim Umsatz bzw. 9 % bei den Beschäftigten stehen hier Werte von bis zu 11 % beim Umsatz und bis zu 24 % bei den Beschäftigten gegenüber. Die Werte zeigen, daß es sich hier um eine Auswahl von KMU handelt, bei denen FuE einen relativ hohen Stellenwert hat. Dies gilt für die geförderten wie für die nicht

Abbildung 3



geförderten Unternehmen, auch wenn man berücksichtigt, daß in der Erhebung der Konstruktionsbereich zu FuE rechnet und zu den in FuE beschäftigten Personen auch solche gezählt werden, die nur teilweise in diesem Bereich arbeiten. Konstruktionsaktivitäten spielen vor allem bei Unternehmen des Maschinenbaus eine Rolle (Abbildung 4).

Die hohen FuE-Intensitäten in der Kontrollgruppe, die den Anforderungen der Merkmalsgleichheit entsprechen, sind Resultat des Auswahlverfahrens. Da nur solche Unternehmen erfaßt werden, die in früherer Zeit bereits Förderung des BMBF beantragt oder erhalten hatten, handelt es sich hier um eine Auswahl von KMU, die sich — gemessen an der Gesamtheit der kleineren Unternehmen — überdurchschnittlich im Bereich FuE engagieren. Während dieses Ministerium bei seiner Förderung bezüglich Technologie relativ hohe Ansprüche stellt, betont beispielsweise das Bundeswirtschaftsministerium bei seiner Innovationsförderung stärker strukturelle Aspekte. Die hohe FuE-Intensität in den NBL erklärt sich auch dadurch, daß viele Unternehmen offensichtlich noch am Anfang ihres Innovationsprozesses stehen, also ihre Entwicklungen noch nicht am Markt realisiert haben. Wenn den FuE-Aktivitäten aber noch keine entsprechende Produktion bzw. kein entsprechender Umsatz gegenübersteht, schlagen FuE-Aufwen-

dungen bei der Berechnung von FuE-Intensitäten zwangsläufig kräftig zu Buche.

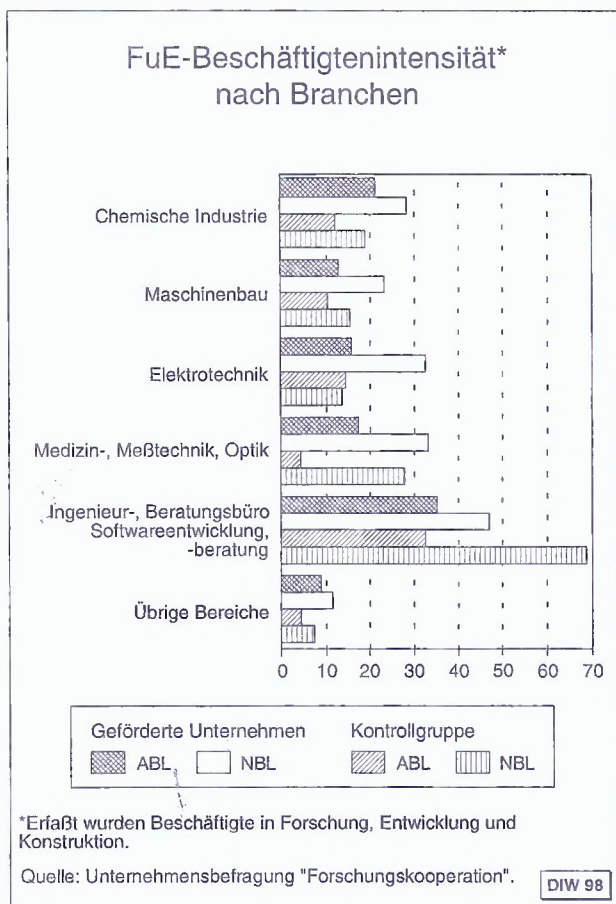
Wettbewerbsindikatoren

Bei den hier erfaßten Unternehmen, von denen ein großer Teil den Markterfolg auf der Grundlage von FuE sucht, ist die Frage nach den strategischen Wettbewerbsparametern von besonderem Interesse. In der Befragung ist den Unternehmen eine Palette von Kriterien zur Auswahl angeboten worden, unter denen sie die für ihre Wettbewerbsposition besonders wichtigen benennen sollten.

Die Antworten der geförderten und der nicht geförderten Unternehmen sowie der Unternehmen in den ABL und in den NBL sind nahezu identisch. Dies zeigt, daß auf FuE aufbauende, innovierende Unternehmen zur Festigung ihrer Wettbewerbsposition offensichtlich auf ähnliche Strategien setzen müssen. Nahezu gleiche Muster der Wettbewerbsindikatoren ergeben sich, wenn bei der Auswertung nach der Unternehmensgröße und nach der Branche differenziert wird.

Besonders wichtig für eine gute Wettbewerbsposition sind nach Einschätzung der befragten Unternehmen: hohe

Abbildung 4



Produktqualität, technologisch anspruchsvolle Produkte, hohes Innovationspotential, gute Beratung (einschließlich Service), Flexibilität gegenüber Kundenwünschen sowie kurze Lieferzeiten und Termintreue bei der Auftragserledigung. Im Vordergrund stehen bei Unternehmen dieses Typs qualitative Aspekte, während der Preis eine eher geringere Rolle spielt.

Als weniger bedeutsam werden von den Unternehmen neben dem Preis eine breite Angebotspalette sowie spezielles Fertigungs-Know-how angesehen. Diese Antworten dürften u. a. darauf zurückzuführen sein, daß hier kleinere Unternehmen befragt wurden, die schon allein Größenbedingt zu einer Strategie der Spezialisierung gezwungen sein dürften. Bei der Fertigung in kleinen Serien hält sich möglicherweise auch der Anspruch an das Fertigungsverfahren in Grenzen. Es kann aber auch sein, daß die hier befragten Unternehmen ihr Augenmerk vor allem auf die Produktinnovation richten und dabei die Relevanz der Fertigungstechnik unterschätzen (Abbildung 5).

Für das Programm Forschungsk Kooperation lassen sich aus diesen Antwortstrukturen keine unmittelbaren Schlussfolgerungen für etwaige positive oder negative Wirkungen im Vergleich zur Kontrollgruppe ableiten. Dazu sind die Antworten in den beiden analysierten Gruppen zu ähnlich.

Ziele von Kooperationen

Um näheren Aufschluß über die Impulse zu erhalten, die durch das Förderprogramm ausgelöst worden sind, wurden die Unternehmen nach ihren wichtigsten FuE-Projekten gefragt, die sie in Kooperation durchführen. Dabei wurde differenziert nach geförderten und nicht geförderten Projekten. Die Antworten verdeutlichen, daß in Kooperation durchgeführte FuE-Projekte vor allem der Erschließung neuer Märkte sowie dem Einstieg in neue Technologiefelder dienen. Offensichtlich verfolgen die Unternehmen — in den ABL wie in den NBL — die Strategie, mit verbesserter technologischer Kompetenz Marktanteile zu erschließen. Bei den geförderten Projekten wurde der Einstieg in ein neues Technologiefeld etwas häufiger als Ziel genannt, als es bei nicht geförderten Projekten der Fall war. Daß die FuE-Kooperationen technologisch anspruchsvoll sind, läßt sich u. a. daran erkennen, daß viele Unternehmen mit einer Patentanmeldung rechnen (Abbildung 6).

Kaum Unterschiede zwischen geförderten und nicht geförderten Unternehmen gibt es auch bei den Antworten auf die Fragen nach den Anforderungen an den geeigneten Kooperationspartner. Bei Kooperationen mit anderen Unternehmen stehen eindeutig ökonomische Interessen wie die rasche Vermarktung der Ergebnisse sowie eine gemeinsame Denkweise über effizientes Wirtschaften im Vordergrund. Demgegenüber scheinen die Probleme, wie sie sich aus unterschiedlichem Qualitätsmanagement oder Normungssystem ergeben können, durchaus lösbar.

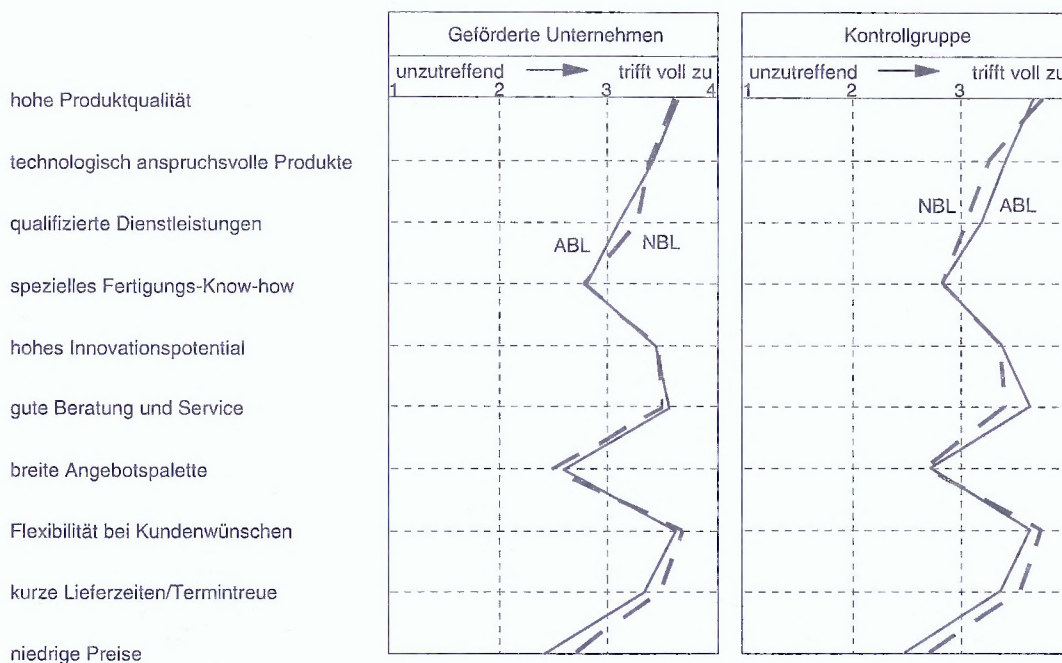
Kooperationen mit Forschungseinrichtungen werden vor allem wegen des dort spezifischen Know-how und dem erwarteten Wissenstransfer eingegangen. Nach übereinstimmender Einschätzung der befragten Unternehmen bestehen bei Kooperationen mit Forschungseinrichtungen kaum Probleme im Hinblick auf spätere Nutzungsrechte bzw. eine zu erwartende Konkurrenzsituation; gering eingeschätzt wird bei solchen Kooperationen auch die Gefahr eines Wissensabflusses (Abbildung 7).

Wirkungen der Förderung

Auf die Frage nach den unmittelbaren Wirkungen des geförderten Kooperationsprojektes antworten gut die Hälfte der Unternehmen in den ABL und mehr als 90 % der Unternehmen aus den NBL, das geförderte Projekt — nicht unbedingt die Förderung — habe einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung des Unternehmens. Vier Fünftel der Unternehmen aus den NBL und drei Viertel aus den ABL erwarten die Lösung eines speziellen technologischen Problems, zwei Drittel der ABL-Unternehmen sowie die Hälfte der NBL-Unternehmen gehen von einer grundsätzlichen Verbesserung der technologischen Basis aus (Abbildung 8).

Unabhängig vom Standort steht bei der Mehrzahl der Unternehmen die Entwicklung eines neuen Produktes

Strategische Wettbewerbsparameter geförderter Unternehmen und der Kontrollgruppe



Arithmetisches Mittel, Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Unternehmensbefragung "Forschungsk Kooperation".

DIW 98

oder Verfahrens bzw. deren Verbesserung im Vordergrund. Diese Antworten spiegeln sich in der erwarteten höheren eigenen technologischen Kompetenz und der künftig erweiterten Produktpalette. Auch hier wird deutlich, daß für die Unternehmen technologische Kompetenz kein Ziel an sich ist, sondern Mittel zum Zweck. Im Vordergrund stehen ökonomische Ziele wie Sicherung und Ausbau von Umsatz, Marktpräsenz, Kundenbeziehungen.

Immerhin erwarten über vier Fünftel der befragten Unternehmen aus den ABL und den NBL nach Realisierung des Kooperationsprojekts eine dauerhafte Umsatzsteigerung. Damit einher gehen die Sicherung des Personalbestandes, die längerfristige Erhöhung des FuE-Budgets sowie eine Verbesserung der Personalstruktur. Hinzu kommen eine Reihe von Wirkungen, die nicht unmittelbare Ziele des Programms Forschungsk Kooperation sind. Von diesen sogenannten nicht intendierten Wirkungen sind auf der positiven Seite zu nennen: Anregungen für neue Produktideen, günstigere Konstellation für die künftige Zusammenarbeit, die Erschließung weiterer Technologiefelder sowie eine Optimierung der Organisation im FuE-Bereich. Auf der Negativseite stehen nahezu ausschließlich höhere Kosten für die FuE-Kooperation als ursprünglich geplant. Insgesamt bewerten Unternehmen aus den NBL die rele-

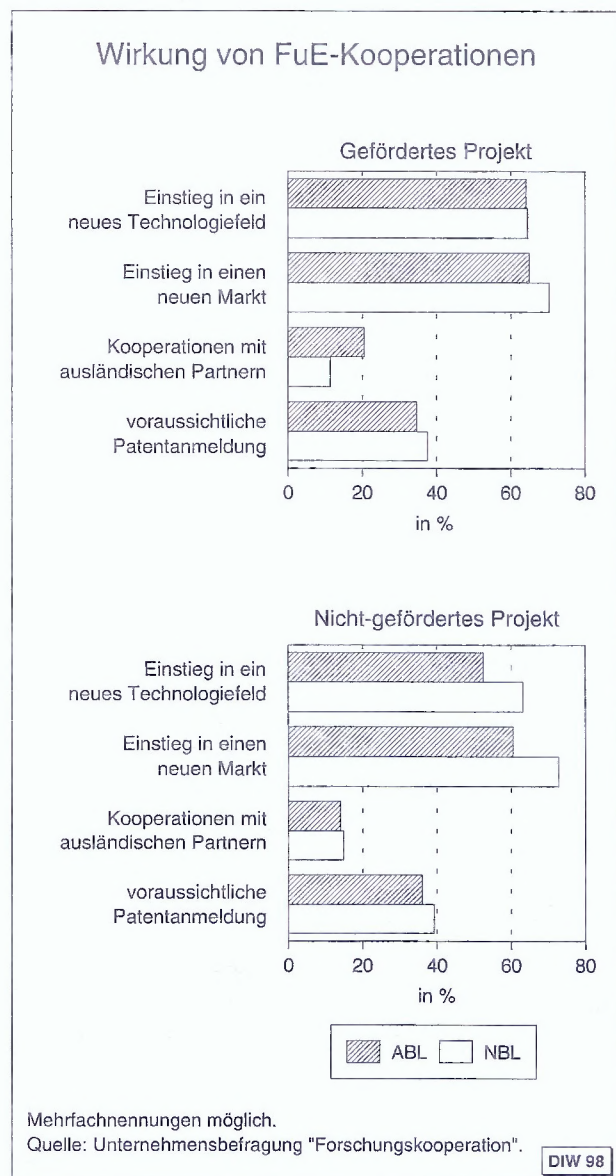
vanten Projekte deutlich positiver als diejenigen der ABL; sie gewichten die Vorteile etwas stärker und die Nachteile etwas schwächer.

Die hier vorgestellten Einschätzungen der Programmwirkungen sind selbst dann erstaunlich positiv, wenn man berücksichtigt, daß die Antworten der geförderten Unternehmen tendenziell zugunsten des Programms ausfallen dürften. Eine Erklärung dafür könnte sein, daß der Gruppe der geförderten Unternehmen viele angehören, die sehr klein, forschungsintensiv und erst seit kurzer Zeit auf dem Markt sind. Insbesondere in den NBL müssen etliche der geförderten Kleinstunternehmen mit neuen Produkten Markteintrittsbarrieren überwinden, um über das Besetzen von Marktnischen den weiteren Erfolg zu suchen. Dies gilt auch für die relativ große Zahl der hier geförderten jungen Technologieunternehmen in den ABL.

Mitnahmeeffekte

Aus dem Blickwinkel der öffentlichen Hand gelten Förderprogramme in der Regel dann als besonders erfolgreich, wenn durch sie die erwarteten Wirkungen erzielt werden, die Unternehmen sich also ohne Förderung nicht entsprechend dem Programmziel verhalten und entwickelt

Abbildung 6



hätten. Mit indirekten Förderprogrammen, zu denen auch die „Forschungsk Kooperation“ zählt, sollen möglichst viele Unternehmen bei insgesamt geringem Kontrollaufwand erreicht werden. Das Ziel einer großen Breitenwirkung — verbunden mit möglichst geringem administrativen Aufwand und Ausschluß von „Mitnahme“ — bildet ein Spannungsfeld. Werden die Anforderungen an die Unternehmen für den Erhalt von Förderung und die administrative Kontrolle gesenkt, machen zwar mehr Unternehmen von der Förderung Gebrauch, doch nimmt gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit zu, daß der Anteil der „schwarzen Schafe“ steigt. Dazu zählen Unternehmen, bei denen die Förderung nicht die gewünschten Wirkungen entfaltet. Neben reinen „Mitnehmern“, bei denen die Förderung völlig verpufft, gibt es eine Bandbreite von Unternehmen, bei

denen diese zwar nicht wie erhofft, doch zumindest in Teilbereichen positiv im Sinne des Programmziels wirkt.

Im Rahmen der vorliegenden Erhebung ist über ein zweistufiges Auswertungsverfahren die Zahl der „Mitnehmer“ eingegrenzt worden. Ausgangspunkt sind Unternehmen, die angegeben haben, sie hätten auch ohne Förderung das relevante FuE-Kooperationsvorhaben durchgeführt. Dazu zählen 30 % der geförderten Unternehmen in den ABL und 14 % in den NBL. Die deutlich geringere Quote bei den so definierten Mitnehmern in den NBL erklärt sich u.a. aus der dort überdurchschnittlich großen Kapitalschwäche der Unternehmen mit eigener FuE. Diese sind kaum in der Lage, ohne staatliche Förderung FuE-Aktivitäten zu finanzieren.

Gemessen an den Mitnahmequoten von anderen indirekten Förderungen wie der „FuE-Personalkostenzuschußförderung“, die Quote beträgt hier 35 %, ist der hier ermittelte Wert eher niedrig. Um die Mitnehmer „im engeren Sinn“ zu identifizieren, werden die Unternehmen aussortiert, die einerseits zwar angeben, sie hätten auch ohne Förderung die FuE-Kooperation durchgeführt, aber andererseits der Förderung positive Effekte zusprechen wie Verkürzung der Entwicklungszeiten, frühere Projektrealisierung, Beteiligung eines Partners oder Kostensenkung. Als sogenannte „harte Mitnehmer“, bei denen das Programm Forschungsk Kooperation keinerlei positive Wirkungen ausgelöst hat, bleiben nach diesem Verfahren deutlich weniger als 10 % der geförderten Unternehmen übrig.

Geförderte und nicht geförderte Unternehmen: kaum Unterschiede in der Wachstumsdynamik

Förderprogramme gelten dann bereits als besonders erfolgreich, wenn sie bei den Unternehmen auf hohe Akzeptanz stoßen und dort positive Wirkungen entfalten. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht müssen den Kosten der Subvention möglichst hohe Erträge gegenüberstehen, die sich in höherem Wachstum und positiven Beschäftigungseffekten ausdrücken. Mit dem Programm „Forschungsk Kooperation“ sind mehr als 75 % der geförderten Unternehmen angeregt worden, im Bereich FuE zu kooperieren. Die meisten dieser Unternehmen erwarten, daß sich die geförderte Kooperation positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt. Den Antworten der Unternehmen zufolge sind damit die wichtigsten Programmziele weitgehend erreicht worden.

Ein Ansatz, die Fördereffekte genauer abzuschätzen, ist die vergleichende Analyse der Entwicklung von geförderten Unternehmen mit der Kontrollgruppe. Dabei konnte die Hypothese, daß sich die Förderung bei den Unternehmen positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt, nicht bestätigt werden. Die geförderten Unternehmen sind insgesamt kaum wachstumsdynamischer als die nicht geförderten.

Geeignete Partner geförderter Unternehmen und der Kontrollgruppe

Kooperation mit Unternehmen

Partner aus dem Unternehmensbereich

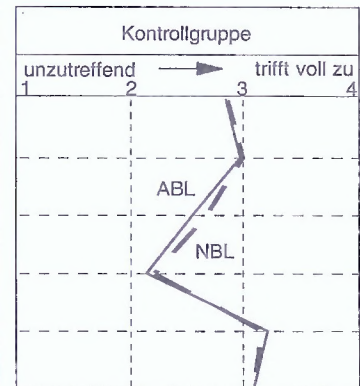
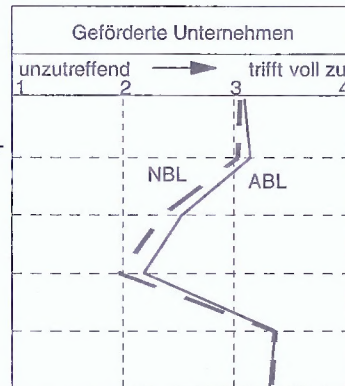
eine gemeinsame Denkweise über Wirtschaftlichkeit/effizientes Projektmanagement

ein vergleichbares Qualitätsmanagement

ein gleiches Normungssystem

gemeinsame wirtschaftliche Interessen

für die spätere Vermarktung des Produktes schnelle Erarbeitung der Ergebnisse



Kooperation mit Forschungseinrichtungen

Partner aus dem Forschungsbereich

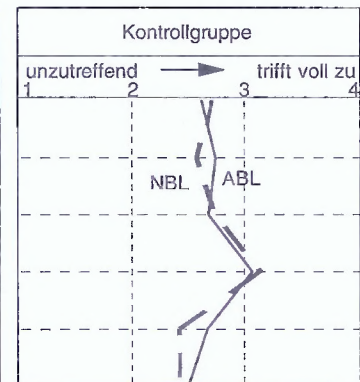
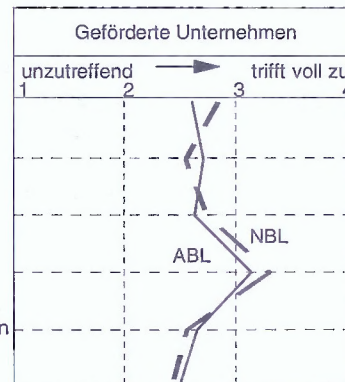
keine direkte Konkurrenzsituation

kostengünstige Erarbeitung der Ergebnisse

spezifisches Know-how

keine Probleme mit späteren Nutzungsrechten

geringere Gefahr des Know-how-Abflusses



Arithmetisches Mittel, Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Unternehmensbefragung "Forschungskooperation".

DIW 98

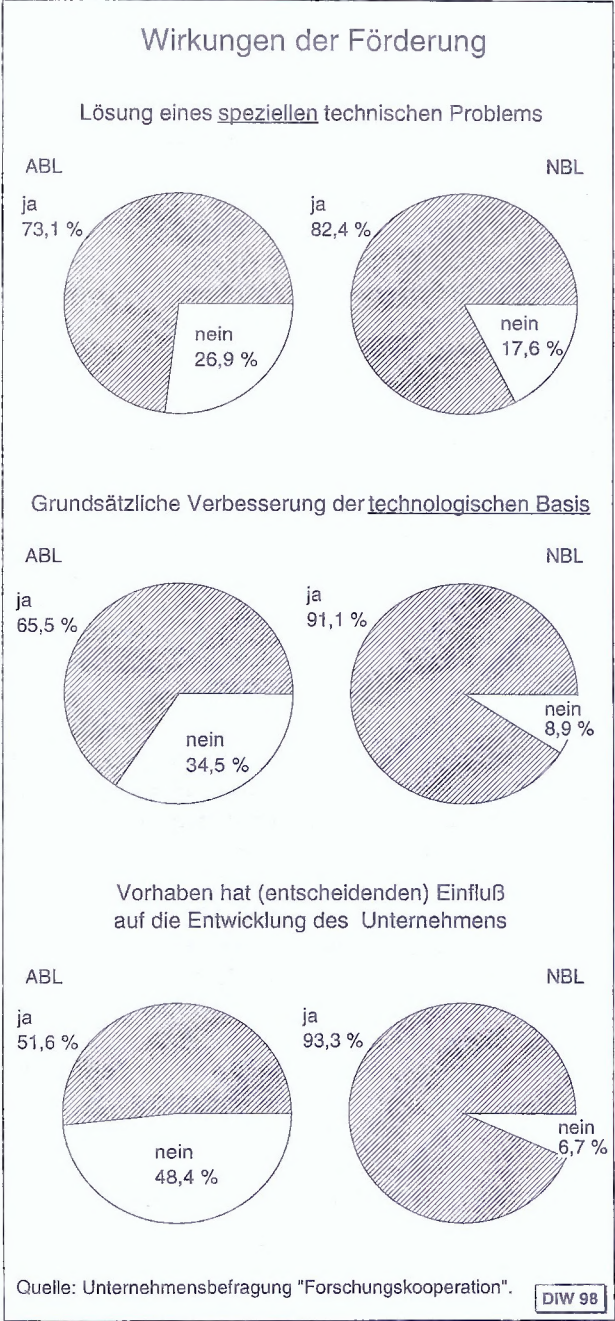
Im Zeitraum 1993 bis 1996 weisen die geförderten Unternehmen nur geringfügig größere Wachstumsraten beim Umsatz aus als diejenigen der Vergleichsgruppe. Unternehmen aus den NBL expandierten in beiden Gruppen deutlich rascher als in den ABL. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Förderung erst im Herbst 1993 gestartet wurde, in dieser Zeitspanne viele der geförderten Projekte noch nicht abgeschlossen waren und die Früchte der Kooperation erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung geerntet werden können.

Etwas anders einzuordnen ist die Frage nach der erwarteten Umsatzentwicklung in den Jahren 1996 bis 1998. Für eine Reihe der geförderten Unternehmen dürften die Ergebnisse aus der Forschungskooperation in dieser Zeit bereits das aktuelle Geschäftsergebnis mit prägen.

Zunächst ist festzustellen, daß im Vergleich zum Zeitraum 1993 bis 1996 für diese Periode die Unternehmen eine geringere Umsatzsteigerung pro Jahr erwarten, gleichzeitig sind die Unterschiede im Wachstumstempo zwischen geförderten Unternehmen in den ABL und den NBL erheblich kleiner. Die geförderten Unternehmen sind in den beiden Vergleichsregionen in ihrer Wachstumseinschätzung geringfügig optimistischer als die nicht geförderten. Gegenüber der Basisperiode ist insbesondere der Abstand zwischen den geförderten und nicht geförderten Unternehmen der NBL kleiner geworden (Abbildung 9).

Aus diesen Durchschnittswerten sowie aus den Ergebnissen der Befragung zum Innovationsverhalten lassen sich mithin für die gesamtwirtschaftliche Ebene kaum Effekte der Förderung identifizieren. Der Kontrollgruppen-

Abbildung 8



ansatz erweist sich hier als noch zu grob, hinzu kommt der kurze Untersuchungszeitraum. Aussagen zu dem Beitrag der Förderung zu mehr gesamtwirtschaftlichem Wachstum sind auf dieser Ebene auch deshalb kaum möglich, weil mit der Förderung nicht nur wachstumsdynamische Unternehmen, sondern auch solche erreicht werden, die weniger stark wachsen und erstmals über das Eingehen einer Forschungskoope- ration eine Maßnahme probieren, um den Anschluß an technologische Entwicklungen herzustellen.

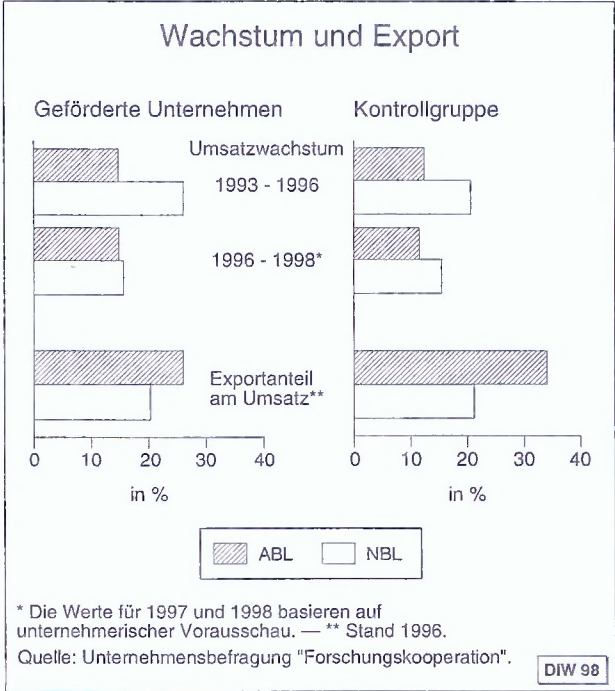
Eine abschließende Bewertung des Programms „Forschungskoope- ration“, bei der die Kosten dem gesamtwirt- schaftlichen Ertrag gegenübergestellt werden, ist — wenn überhaupt — erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Dabei wäre ein Untersuchungsansatz zu wählen, der zwar dem hier vorgestellten weitgehend gleicht, doch müßten dabei über einen längeren Zeitraum Informationen über die Entwicklung der relevanten Unternehmen eingeholt und Alternativrechnungen durchgeführt werden. Bei den geförderten Unternehmen wäre auch abzuschätzen, wie sie sich ohne die gewährte Unterstützung entwickelt hät- ten.

Fazit

Mit dem Programm Forschungskoope- ration sind relativ viele, insbesondere kleine Unternehmen erreicht worden. Diese wurden angeregt, ihr Innovationspotential durch überbetriebliche Zusammenarbeit zu vergrößern. Bei den Motiven, im Bereich FuE zu kooperieren, stehen ökonomi- sche Ziele im Vordergrund. Die meisten der befragten Unternehmen sind eine solche Kooperation eingegangen, um ihre Wettbewerbsposition zu verbessern. Ein großer Teil davon verspricht sich von dieser Aktivität längerfristig positive Impulse.

Die aus den geförderten Projekten resultierenden Erträge können im Rahmen dieser Analyse allerdings nicht quantifiziert werden: Die Projekte konnten in dem betrach- teten Zeitraum ihre Wirkungen noch nicht entfalten. Eine Gegenüberstellung der eingesetzten öffentlichen Mittel und der damit angestoßenen Effekte wäre mithin erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Die notwendigen Infor-

Abbildung 9



mationen könnten dann über eine Nacherhebung bei den geförderten Unternehmen und durch Simulationsrechnungen alternativer Verhaltensweisen der jeweiligen Unternehmen gewonnen werden. Der Kontrollgruppenvergleich gibt zwar wichtige Informationen über das Verhalten von geförderten und nicht geförderten Unternehmen, doch ist er aus den besagten Gründen für eine Beurteilung der Förderwirkung auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene (noch) nicht geeignet. Hinzu kommt, daß viele Unternehmen der Kontrollgruppe durchaus grundsätzliches Interesse an Forschungsk Kooperationen haben, aber nicht auf das Programm zurückgegriffen haben, weil sie entweder aktuell über kein entsprechendes Vorhaben verfügten oder anderweitig bereits gefördert wurden.

Alles in allem zeigen die Befragungsergebnisse ein positives Wirkungsmuster. Mit dieser Förderung, deren Beantragung auch nach Aussagen der Unternehmen einen relativ geringen Aufwand erfordert, erhielten insbesondere viele kapitalschwache innovative Klein- bis Kleinstunternehmen einen finanziellen Zuschuß, um Innovationsvorhaben mit fremden Partnern beginnen zu können. Geht man davon aus, daß Kooperationen und Netzerk bildungen für KMU immer wichtiger werden, die unternehmensübergreifende Zusammenarbeit in dem sensiblen Feld von FuE aber viele Risiken birgt, also erst erlernt werden muß, dann ist das Programm „Forschungsk Kooperation“ problemadäquat. Für das Programm spricht auch, daß es technologisch eher anspruchsvolle Projekte fördert und dabei keine Technologien ausgrenzt. Kleine und mittlere Unternehmen

sind wichtige Zulieferer, erschließen mit ihren Innovationen neue Märkte und sind belebendes Element im Wettbewerb. Mit der Stärkung ihrer Innovationskraft können sie diese Funktionen besser ausfüllen und zur Attraktivität des Standorts beitragen.

Gemessen am Fördervolumen sowie der relativ großen Zahl der geförderten Unternehmen ist das Programm „Forschungsk Kooperation“ die zentrale Maßnahme der Bundesregierung zur Förderung von Innovationsaktivitäten bei KMU in Deutschland. Die Bundesregierung hat dieses Programm mit Beschluß vom 25. September 1998 ersatzlos eingestellt. Zwar wäre eine Fortführung in unveränderter Form nicht zu empfehlen gewesen, weil dann automatisch der Anteil der Unternehmen größer würde, der bereits über hinreichende Erfahrung mit Kooperationen im Bereich von FuE verfügt und die Förderwirkung entsprechend nachließe. Nach wie vor wichtig ist aber, daß KMU Erfahrungen mit Kooperationen im FuE-Bereich sammeln und Innovationspotentiale besser ausschöpfen. Empfohlen wird deshalb eine Förderung, bei der künftig solche FuE-Kooperationen unterstützt werden, mit denen das Unternehmen Neuland beitrifft, z.B. bei erstmaligem Kooperieren im FuE-Bereich, bei Kooperation mit einem Partner in einem weiter entfernten Land oder bei einem sehr anspruchsvollen Projekt mit mehreren Partnern. Zu entwickeln wäre mithin eine Förderkonzeption, die den kleineren Unternehmen hilft, die verschiedenen Möglichkeiten von FuE-Kooperationen zu erproben, sich darin zu qualifizieren, um dann aus der Förderung herauszufallen.

Teilzeitbeschäftigung zu Lasten der Vollzeiterwerbstätigkeit?

Seit Jahren wird die These vertreten, daß eine „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ stattfindet. Gemeint ist damit hauptsächlich, daß Vollzeitarbeitsplätze immer weniger bedeutsam würden, weil Teilzeitbeschäftigung und insbesondere geringfügige Beschäftigung zunehmen. Es ist zwar richtig, daß in Westdeutschland der Anteil der Vollerwerbstätigen an allen Erwerbstätigen sinkt, dafür ist aber nicht ein systematisches Abbröckeln der Vollerwerbstätigkeit verantwortlich. Das „Normalarbeitsverhältnis“ verliert — gemessen an allen Erwerbstätigen — vielmehr deswegen an Bedeutung, weil die Erwerbsquote steigt und immer mehr vormals Nichterwerbstätige einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Reformen am Arbeitsmarkt und an den sozialen Sicherungssystemen sollten nicht von der Annahme ausgehen, daß mit der zunehmend „bunteren“ Welt der Erwerbstätigkeit ein Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit verbunden wäre. Vielmehr gilt es, alle Beschäftigungsformen in die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Die Gewerkschaften stehen vor einer ähnlichen Herausforderung, da bislang Teilzeiterwerbstätige und insbesondere geringfügig Beschäftigte einen weit unterdurchschnittlichen Organisationsgrad aufweisen.

Empirischer Befund¹

In der seit einigen Jahren intensiver geführten öffentlichen Diskussion zur Entwicklung der Erwerbsarbeit wird mitunter besorgt konstatiert, daß die Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Durchschnitt zurückgeht.² Daraus wird auf eine „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“, definiert als eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung, die es erlaubt, eine Familie zu ernähren, geschlossen. Manche sehen sogar bereits das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ kommen.³ In der Tat machen Teilzeiterwerbstätige (einschließlich „geringfügig Beschäftigter“) gegenwärtig etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen aus (abhängig Beschäftigte, Beamte und Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger). Etwas über 10 % der Beschäftigten haben befristete Arbeitsverträge; in einer engen Betrachtung befinden sie sich damit nicht in einem Normalarbeitsverhältnis, auch wenn sie in Vollzeit tätig sind. Befristete Arbeitsverträge bedeuten aber nicht automatisch unstete Erwerbskarrieren.⁴ Im folgenden wird deswegen nur zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit unterschieden.

Der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen resultiert zum einen daraus, daß Vollzeitbeschäftigte bei zunehmendem Realeinkommen mehr Freizeit nachfragen. Zum anderen nimmt der Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen zu. Die Teilzeitquote — gemessen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁵ — hat sich von unter 10 % Mitte der 60er Jahre bis heute ungefähr verdoppelt (Abbildung 1).⁶ Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Bedeutung „bunter Beschäftigungsverhältnisse“ gewachsen ist.⁷ Dieser Befund läßt aber nicht den Schluß zu, daß es immer weniger Vollzeitbeschäftigte gäbe.

Die Zahl der vollzeiterwerbstätigen abhängig Beschäftigten lag in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten bei etwa 20 Millionen. Auch die Vollzeitintensität, d.h. der Anteil der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestell-

ten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, hat sich seit den 60er Jahren nur wenig verändert (Abbildung 1). Sie

¹ Die Analyse bezieht sich nur auf Westdeutschland, da die Entwicklung in Ostdeutschland von der transformationsbedingten Sondersituation geprägt wird.

² Vgl. Ulrich Beck im Streitgespräch „Wie wär's mit Selbstbestimmung?“. In: DIE ZEIT, Nr. 15, 2. April 1998, S. 37-38, hier: S. 37.

³ Vgl. zu dieser Diskussion zusammenfassend Claus Offe: Der deutsche Wohlfahrtsstaat — Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten. In: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 8, Heft 3, 1998.

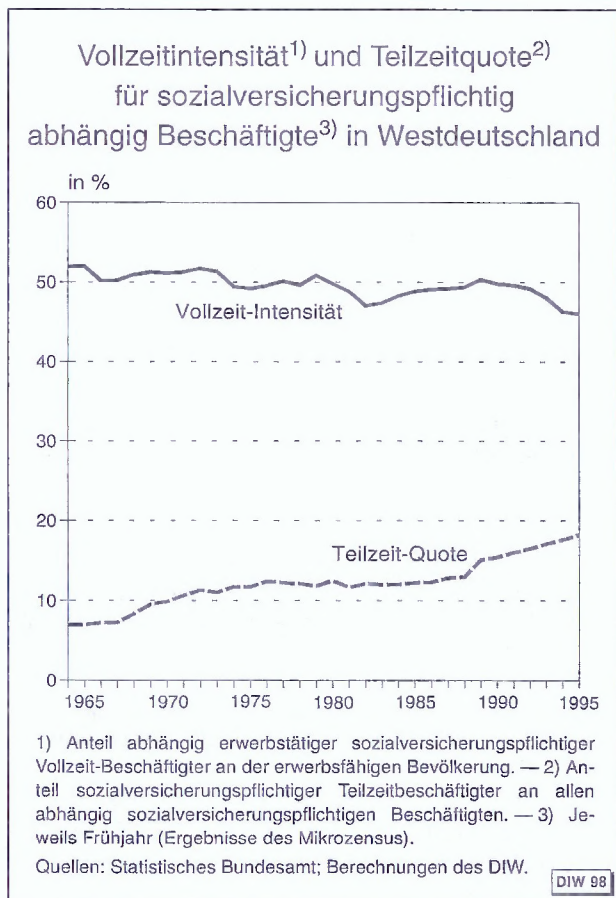
⁴ Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse ist zudem seit 1970 nicht gestiegen; vgl. dazu: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland — Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil 1, Bonn 1996, S. 64.

⁵ Nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte liegen Daten über Voll- und Teilzeitarbeit für einen langen Zeitraum vor (Selbständige und Beamte sowie geringfügig Beschäftigte werden — für einen kürzeren Zeitraum — weiter unten in die Betrachtung einbezogen).

⁶ Der Abbildung liegt die Mikrozensus-Erhebung zugrunde. Die Einteilung in Voll- und Teilzeit erfolgt anhand der Selbsteinstufung der Befragten (wie auch bei den unten dargestellten SOEP-Ergebnissen). Der Mikrozensus unterschätzt, insbesondere in den letzten Jahren, die Zahl der „geringfügig Beschäftigten“; vgl. Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. Bearb.: Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/97. Dies ist jedoch für die unten vorgestellten Aussagen nicht verzerrend, da dadurch nicht der Anteil der Vollzeiterwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgeht, sondern nur der Anteil der Nichterwerbstätigen. Der Sprung in der Teilzeitquote im Jahre 1990 ist im wesentlichen auf ein geändertes Fragebogenkonzept im Mikrozensus zurückzuführen; dies hat jedoch ebenfalls keinen Einfluß auf die Vollzeitintensität.

⁷ U.a. gibt es auch wieder mehr Selbständige; vgl. Zunehmende Selbständigkeit in Deutschland von 1990 bis 1996 — Starke Veränderungen im Bestand. Bearb.: Markus Pannenberg. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/98.

Abbildung 1



Iag Mitte der 60er Jahre bei etwas über der Hälfte der 15- bis 65jährigen und Anfang der 90er Jahre nur etwas darunter. Deutlich erkennbar ist der konjunkturabhängige Verlauf. Sowohl die erste Nachkriegsrezession wie die Rezessionen in den 70er und 80er Jahren zeigen sich in einem Sinken der Vollzeitintensität. Der Aufschwung Ende der 80er Jahre, als nach dem Urteil vieler Sozialwissenschaftler bereits das Ende der Arbeitsgesellschaft eingeläutet wurde, hat aber wieder eine Vollzeitintensität von 50 % erreichen lassen. Erst in der wachstumsschwachen Zeit seit 1992 ist die Vollzeitintensität wieder gesunken (auf nunmehr 46 %).

Die 15- bis 65jährigen als „erwerbsfähige Bevölkerung“ zu betrachten, ist insofern problematisch, als sich die tatsächliche Erwerbsbeteiligung an den „Rändern“ dieser Altersgruppe im Beobachtungszeitraum erheblich verändert hat. So wurde die flexible Altersgrenze Anfang der 70er Jahre eingeführt, um dem Wunsch nach einem kürzeren Erwerbsleben Rechnung zu tragen. Dies hat zu einer niedrigeren Vollzeitintensität beigetragen. Auf der anderen Seite wird längere Ausbildung nachgefragt, weil diese sich

im späteren Leben auszahlt. Zwar gibt es auch arbeitsmarkinduzierte Ausbildung, um offene Arbeitslosigkeit zu vermeiden, und unfreiwillige Frühverrentung, doch läßt sich dies nicht von freiwilliger Nichterwerbstätigkeit trennen. Daher macht es Sinn, die Vollzeitintensitäten auch für den „Kernbereich“ der Erwerbsphase — definiert als die Altersgruppe von 25 bis 54 Jahren — zu betrachten, um abzuschätzen, ob das „Normalarbeitsverhältnis“ systematisch an Bedeutung verliert. Eine derartige Analyse ist mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) möglich, das es zudem erlaubt, nicht nur sozialversicherungspflichtig abhängig Beschäftigte, sondern alle Erwerbstätigen einzubeziehen. Freilich kann diese Analyse erst mit dem Jahr 1988 einsetzen (Abbildung 2).⁸

Ende der 80er Jahre ist die Vollzeitintensität — auf Basis aller Erwerbstätigen — auf fast 65 % gestiegen; in diesem Zeitraum nahmen auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse deutlich zu.⁹ Der vieldiskutierte Bedeutungszuwachs der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse seit 1992 ergibt sich gesamtwirtschaftlich gesehen daraus, daß die Vollzeitintensität konjunkturbedingt zurückgegangen ist und dadurch der Anteil von geringfügiger und Teilzeiterwerbstätigkeit an der gesamten Erwerbstätigkeit stieg.

Arbeitsmarktpolitische Bewertung

In den 50er und 60er Jahren war der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen hoch. Die durch Scheidungen geprägte „Risikogesellschaft“¹⁰ läßt aber die vollständige Nichterwerbstätigkeit zu einer gefährlichen Entscheidung werden, insbesondere für Mütter¹¹. Nicht zuletzt deswegen gibt es immer mehr teilzeiterwerbstätige Frauen. Dies geht aber — rechnerisch betrachtet — nicht zu Lasten der Vollzeitintensität. Immer mehr Bürger haben „Arbeitsmarktberührung“. Anekdotische Evidenz, die insbesondere für Frauen von der „Aufspaltung“ von Vollzeitarbeitsplätzen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse berichtet, darf man nicht mit einem gesamtwirtschaftlichen Verdrängungsprozeß gleichsetzen.

Die Arbeitszeit pro Erwerbstätigen geht sicherlich zurück, da Produktivitätszuwächse aufgrund von technischem Fortschritt und einer effizienteren Arbeitsorganisation — kollektiv und individuell — nicht nur in mehr Einkom-

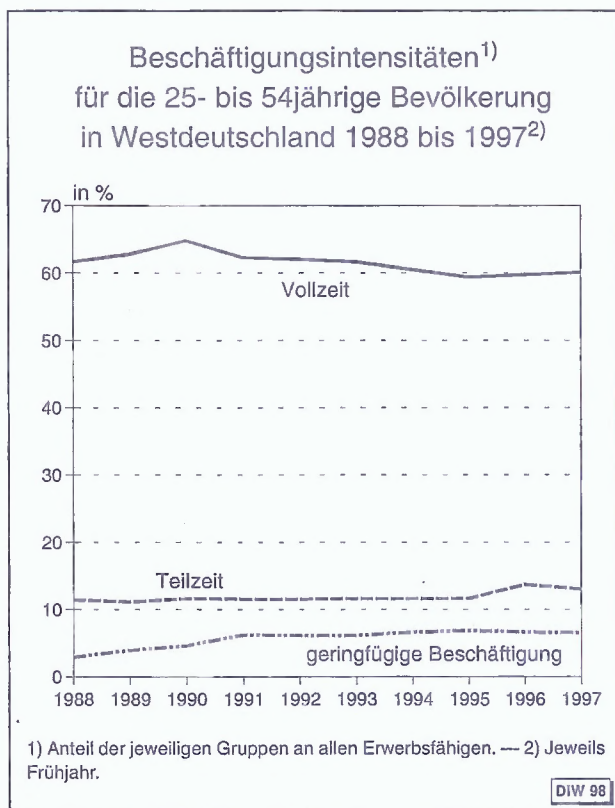
⁸ Zuvor wurden die entsprechenden Fragen nach geringfügiger Beschäftigung nicht gestellt.

⁹ Betrachtet man die 15- bis 65jährigen, ist das Niveau aller Intensitäten niedriger, der Verlauf jedoch gleich.

¹⁰ Um einen ebenfalls von Ulrich Beck geprägten Begriff zu zitieren.

¹¹ Vgl. Notburga Ott, Verlaufsanalysen zum Ehescheidungsrisiko. In: Reinhard Hujer et al. (Hg.): Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel. Frankfurt a.M./New York 1992, S. 227-253.

Abbildung 2



men, sondern auch in mehr Freizeit getauscht werden. Dieses Verhalten ist normal und vernünftig; es indiziert nicht das Ende der Erwerbsgesellschaft. Auf einem ganz anderen Blatt — das hier nicht betrachtet wird — steht die Frage, wie offene Arbeitslosigkeit verhindert werden könnte.

Teilzeitbeschäftigung ist auch keineswegs eine den Wünschen der Erwerbsfähigen grundsätzlich widersprechende Arbeitsform.¹² Dies gilt auch für geringfügige Beschäftigung, d.h. eine Wochenarbeitszeit, die in Deutschland mit Sozialversicherungsfreiheit verknüpft ist. Geringfügige Beschäftigung ist — unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen¹³ — vielfach individuell erwünscht und wirtschaftlich effizient (Beispiel: Gebäudereinigung und Austragen von Zeitungen).¹⁴ Es wäre unsinnig, diese Jobs abschaffen zu wollen. Die Verlaufsdaten des SOEP zeigen zudem, daß für die meisten geringfügig Beschäftigten diese Art der Erwerbstätigkeit nur eine Episode darstellt. Insbesondere für viele Mütter ist geringfügige Beschäftigung eine Rückkehrbrücke in reguläre Erwerbstätigkeit. Betrachtet man für Westdeutschland die Jahre 1988 bis 1996, also eine Spanne von neun Lebensjahren, so waren zwar fast 30 % der 1988 16- bis 60jährigen Frauen irgendwann einmal geringfügig erwerbstätig, aber fast die Hälfte davon nur für maximal ein Jahr. Fünf Jahre

und länger waren nur 5,5 % dieses Personenkreises geringfügig erwerbstätig. Bei den unter 30jährigen Frauen waren es sogar nur etwa 4 %, obwohl der Anteil geringfügig Beschäftigter in dieser Altersgruppe aufgrund vieler Schüler- und Studentenjobs mit 35 Prozent sehr hoch liegt.

Auch aufgrund der Präferenzen von Arbeitsanbietern, die z. B. eine partnerschaftliche Arbeitsteilung anstreben, ist es nicht verwunderlich, wenn die Dichotomie „Vollzeitarbeit versus Nichterwerbstätigkeit“ zunehmend von einem Kontinuum von Arbeitszeitformen abgelöst wird. Dies führt nur deswegen zu Strukturproblemen, weil wichtige Institutionen wie die der sozialen Sicherung und die Gewerkschaften noch immer alten Leitbildern folgen.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Der Rückgang des Anteils der Vollzeiterwerbstätigen an den Erwerbstätigen insgesamt läßt sich nicht als ein Verfall der „Erwerbsgesellschaft“ interpretieren. Deshalb gibt es auch keine Begründung für Szenarien, nach denen z.B. eine „Grundsicherung“ für alle oder die systematische Förderung von unbezahlter „Bürgerarbeit“ unabweisbar würden.¹⁵ Anstatt das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ auszurufen, sollte das Augenmerk darauf gelegt werden, durch eine besser koordinierte und auf wirtschaftliches Wachstum gerichtete Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Nach den Erfahrungen Ende der 80er Jahre profitieren von einem kräftigen Aufschwung nicht nur qualifizierte, sondern auch ungelernte Arbeitskräfte.¹⁶

Die Unterscheidung von „Vollzeitarbeit“ einerseits und „Nichterwerbstätigkeit“ andererseits impliziert, daß alle Erwerbstätigen Vollzeitbeschäftigte sind. Dies hat als Leit-

¹² Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland 1997 — Potential für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/98.

¹³ Zu wenig Kinderbetreuungsplätze für unter 3jährige und Grundschulkinder sowie weitgehend fehlende Möglichkeiten, im Kindergarten und in Schulen ein Mittagessen einzunehmen, erlaubt es vielen Müttern lediglich, einer geringfügigen Beschäftigung nachzugehen. Vgl. dazu C. Katharina Spieß und Gert Wagner: Verbesserung der außerhäuslichen Kinderbetreuung — Geordneter Wettbewerb statt öffentliches Angebot? In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Heft 4, 1997.

¹⁴ Umgekehrt führt nicht jede Flexibilitätsanforderung in einem Unternehmen automatisch zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen; diese konzentrieren sich auf wenige Tätigkeiten und Branchen.

¹⁵ Vgl. auch: „Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Bearb.: Marcel Erlinghagen, Karin Rinne, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/98.

¹⁶ Vgl. Björn Christensen und Axel Schimmelpfennig: Arbeitslosigkeit, Qualifikation und Lohnstruktur in Westdeutschland. In: Die Weltwirtschaft, Heft 2/1998, S. 177-186, hier: Schaubild 3. Der Abbau von verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Problem eigener Art, auf das hier nicht eingegangen werden soll.

Mitgliedschaft in Gewerkschaften in % nach Erwerbsstatus und Geschlecht 1993

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
Vollzeit	37,0	39,5	30,4	20,7
Teilzeit	45,4	28,5	24,2	10,8
Geringfügig Beschäftigte	16,9	28,1	14,3	5,6
Beamte	35,5	7,2	34,3	36,8
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.				

bild für die Konstruktion der sozialen Sicherung sowie gleichermaßen für die Organisation von Gewerkschaften und Betrieben gedient.¹⁷ In vielen Unternehmen werden inzwischen aber Teilzeittätigkeiten gegenüber Vollzeittätigkeiten als gleichwertig angesehen; in bestimmten Dienstleistungsbranchen, z.B. in der Gastronomie, werden Teilzeitbeschäftigte sogar bevorzugt eingesetzt.

In den Gewerkschaften dauerte es freilich lange, bis Tarifverträge für Teilzeitbeschäftigte abgeschlossen wurden; geringfügige Beschäftigung wird tariflich nach wie vor weitgehend ignoriert und sozialpolitisch abgelehnt. Dies dürfte nicht nur an der fehlenden sozialen Absicherung geringfügig Beschäftigter liegen, sondern auch am niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten: Während in Westdeutschland männliche Vollzeiterwerbstätige einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 30 % angeben, liegt er bei „regulär“ teilzeitbeschäftigten Frauen bei etwa 10 % und bei geringfügig beschäftigten Frauen, die den größten Teil der auf diese Weise Beschäftigten stellen, bei lediglich knapp 6 % (Tabelle). Die Gewerkschaften sollten daher nicht nur eine bessere soziale Absicherung von Nicht-Vollzeiterwerbstätigen fordern, sondern sich auch die Frage stellen, wie sie für diese Gruppe attraktiver werden können (z. B. durch die Schaffung einer Dienstleistungsgewerkschaft).

Daß Vollzeiterwerbstätigkeit das Leitbild der Sozialversicherungen in Deutschland darstellt, ist daran zu erkennen, daß die „Lohnersatzquoten“ nur dann zum Leben ausreichen, wenn sie auf Vollzeitarbeit beruhen und eine Hinterbliebenensicherung eingeführt wurde, die nur im Falle der Vollzeiterwerbstätigkeit des Versicherten den Lebensunterhalt eines vollständig nichterwerbstätigen Hinterbliebenen garantieren kann. Angesichts der Präferenzen vieler Menschen kann es nicht um die Abschaffung von Teilzeitarbeit gehen, sondern um ein anderes Leitbild für die sozia-

len Sicherungssysteme, bei dem zugleich zu berücksichtigen ist, daß Erwerbstätigkeit eher noch an Bedeutung gewinnen dürfte. Die von Sozialpolitikern kritisierte „geringfügige Beschäftigung“ weist nicht auf einen säkulareren Rückgang der Erwerbstätigkeit hin. Sie ist nur deshalb ein Problem, weil zum einen die fehlende Sozialversicherungspflicht eine den Arbeitsmarkt verzerrende „Subvention“ darstellt. Zum andern entfallen für geringfügig Beschäftigte die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Altersvorsorge.

Bei der Anpassung der sozialen Ordnung an die Wirklichkeit der Erwerbsgesellschaft sind nicht nur Veränderungen in den Sozialversicherungen notwendig, sondern ebenso in anderen Bereichen, z.B. den sozialen Diensten, die in den öffentlichen Diskussionen meist übersehen werden. Geringfügige Beschäftigung, die von Müttern nur deshalb ausgeübt wird, weil es keine ausreichenden Einrichtungen für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern und von Grundschulern gibt, ist durch eine Änderung der Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit vermeidbar.¹⁸

Grundsätzlich sollte der Schutz durch Sozialversicherungen nicht am Leitbild der abhängigen Beschäftigung in Vollzeit orientiert werden, sondern am Bedarf einzelner Personen; es sollten also Menschen und nicht Arbeitsplätze versichert werden. Mit der von der neuen Bundesregierung geplanten Versicherungspflicht für geringfügig

¹⁷ Vgl. auch Elke Holst und Friederike Maier: Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung. Erscheint in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3, 1998.

¹⁸ Vgl. C. Katharina Spieß und Gert Wagner, a.a.O. Durch eine Re-Regulierung sozialer Dienste können auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vgl. auch: Klaus F. Zimmermann et al.: Anstöße für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik (Petersberger Erklärung), IZA Diskussionspapier Nr. 22, Bonn 1998, hier: Abschnitte 3 und 5.

Beschäftigte und „Scheinselbständige“ werden Schritte in die richtige Richtung getan, wobei entsprechende Aussagen zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung bislang aber fehlen.¹⁹ Aufbauend auf den Erfahrungen mit diesen Reformen sollten weitere, systematische Strukturreformen diskutiert werden, die in Richtung einer Sozialversicherungspflicht aller Erwachsenen gehen.²⁰

¹⁹ Einführung der Sozialversicherungspflicht für 610-Mark-Jobs und Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Bearb.: Volker Meinhardt, Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/97.

²⁰ Gleichzeitig sollte darüber nachgedacht werden, wie in der Altersvorsorge durch eine Senkung der Beitragsbemessungsgrenze mehr Raum für private Vorsorge gegeben werden kann.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Forschungsk Kooperation — ein Instrument für kleine und mittlere Unternehmen zur Erhöhung des Innovationspotentials.

Bearbeitet von Kurt Hornschild. —

Teilzeitbeschäftigung zu Lasten der Vollzeiterwerbstätigkeit? Bearbeitet von Gert Wagner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

Berichtigung

Im Wochenbericht Nr. 37/98 des DIW wurde in Tabelle 5, Seite 675, die vereinbarte Wochenarbeitszeit aufgrund eines Programmierfehlers zu gering ausgewiesen. Dadurch war auch das rechnerische Umverteilungspotential als Differenz zwischen der vereinbarten und der gewünschten Wochenarbeitszeit zu niedrig.

Der Grundtenor des Wochenberichts hat sich dadurch aber nicht verändert. Nach wie vor ist das Potential für eine Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber 1993 gesunken, jedoch nicht so stark wie zuvor angezeigt. Durch die Neuberechnung ergibt sich für 1997 nun ein rechnerisches Umverteilungspotential von insgesamt 0,5 Stunden pro Beschäftigten (1993: 1,3 Stunden).

Wir danken Dr. Hartmut Seifert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), Düsseldorf für den Hinweis auf die oben genannte Unstimmigkeit.

Tabelle 5 (korrigiert)

Durchschnittliche vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit abhängig Beschäftigter¹⁾ 1997 Stunden pro Woche

	Insgesamt	Insgesamt	Männer Vollzeitbe- schäftigt ²⁾	Teilzeitbe- schäftigt ²⁾	Insgesamt	Frauen Vollzeitbe- schäftigt ²⁾	Teilzeitbe- schäftigt ²⁾
Westdeutschland							
Beschäftigte in 1 000 (hochgerechnet)	24 036	13 716	12 814	903	10 320	5 646	4 674
Vereinbarte Arbeitszeit	34,2	37,8	39,3	16,5	29,2	37,8	18,8
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	33,7	38,0	38,6	29,4	27,9	34,0	20,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-0,5	0,2	-0,7	12,9	-1,3	-3,7	1,8
Beschäftigte mit Wunsch weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	6 472	3 445	3 397	/	3 027	2 390	637
Vereinbarte Arbeitszeit	38,8	41,3	41,4	/	35,9	38,8	25,2
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	30,7	33,3	33,4	/	27,7	30,3	18,1
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-8,1	-8,0	-8,0	/	-8,2	-8,5	-7,1
Beschäftigte mit Wunsch mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	7 440	4 702	4 132	570	2 738	866	1 872
Vereinbarte Arbeitszeit	34,9	34,9	38,0	12,7	21,6	34,3	15,8
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	35,9	41,4	42,4	34,0	26,4	33,5	23,1
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	0,9	6,5	4,4	21,3	4,8	-0,8	7,3
Ostdeutschland							
Beschäftigte in 1 000 (hochgerechnet)	5 362	2 882	2 805	77	2 480	1 827	653
Vereinbarte Arbeitszeit	38,2	40,2	40,5	26,7	36,0	39,3	26,6
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	37,1	38,9	39,0	32,0	35,0	36,6	30,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-1,2	-1,3	-1,5	5,3	-1,0	-2,8	4,0
Beschäftigte mit Wunsch weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	1 612	779	764	/	833	745	88
Vereinbarte Arbeitszeit	41,7	43,6	43,8	/	39,9	38,6	34,4
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	33,3	34,6	34,6	/	32,2	32,5	29,3
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-8,3	-9,0	-9,2	/	-7,7	-6,1	-5,1
Beschäftigte mit Wunsch mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	1 317	674	35	570	643	296	347
Vereinbarte Arbeitszeit	33,7	37,5	38,5	18,1	29,6	36,3	24,2
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	39,5	42,5	43,1	32,1	36,1	39,6	33,2
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	5,7	5,0	4,6	13,9	6,6	3,3	9,0

(1) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende sowie ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätig“. — ²⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ³⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten? — ⁴⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0, 1 oder 1,5 Std.

Quelle: SOEP 1997.